



Wintersemester 2024/2025

Staatskirchenrecht und Kirchenrecht

§ 1 Einführung: Staatskirchenrecht und Kirchenrecht

- I. Gegenstand und Abgrenzung beider Rechtsgebiete
- II. Zentrale religionsrechtliche Normen des Grundgesetzes (Art. 140; Art. 4 I und II; Art. 7 II und III; Art. 3 III; Art. 33 III GG)

Lit.: M. Germann, *Das System des Staatskirchenrechts in Deutschland*, in: D. Pirson/W. Rüfner/M. Germann/ S. Muckel (Hrsg.), *Handbuch des Staatskirchenrechts der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 1, 3. Auflage 2020, § 7

- III. Staatskirchenrecht oder Religionsrecht der multireligiösen und zugleich areligiösen Gesellschaft?

Lit.: J. Isensee, *Die Zukunftsfähigkeit des deutschen Staatskirchenrechts*, in: FS für J. Listl, 1999, S. 67 ff.; L. Renck, *Zum Stand des Bekenntnisverfassungsrechts in der Bundesrepublik*, BayVBl. 1999, S. 70 ff.; P. Kirchhof, *Die Freiheit der Religionen und ihr unterschiedlicher Beitrag zu einem freien Gemeinwesen*, *Essener Gespräche* 39 (2005), S. 105 ff.; H. M. Heinig/Chr. Walter (Hrsg.), *Staatskirchenrecht oder Religionsverfassungsrecht?*, 2007; W. Huber, *Kirche und Verfassungsordnung*/Chr. Waldhoff, *Die Zukunft des Staatskirchenrechts*/U. Di Fabio, *Christentum und Rechtskultur als Grundlage des Staatskirchenrechts*, in: *Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche* 42 (2008); H. M. Heinig, *Ordnung der Freiheit – das Staatskirchenrecht vor neuen Herausforderungen*, in: *ZevKR* 54 (2008), S. 235 ff.; Chr. Walter, *Religiöse Freiheit als Gefahr? Eine Gegenrede*, in: *DVBl.* 2008, S. 1073 ff.; S. Koriath, „Jeder nach seiner Façon“ – Grundgesetz für die multireligiöse Gesellschaft, in: *Kritische Justiz* 2009 Beiheft 1/2009, S. 175 ff., Chr. Waldhoff, *Neue Religionskonflikte und staatliche Neutralität – Erfordern weltanschauliche und religiöse Entwicklungen Antworten des Staates?*, *Gutachten D für den 68. Deutschen Juristentag*, 2010; H. M. Heinig/Chr. Walter, *Religionsverfassungsrechtliche Spannungsfelder*, 2015; D. Pollack, *Religion und gesellschaftliche Differenzierung*, 2016; D. Pollack/G. Wegner, *Die soziale Reichweite von Religion und Kirche*, 2017; Chr. Hillgruber, *Hat das deutsche Staatskirchenrecht Bestand?*, *KuR* 2018, 1; L. Häberle, *Religionsfreiheit und Toleranz*, *Der Staat* 57 (2018), 35; A. Anter/V. Frick (Hrsg.), *Politik, Recht und Religion*, 2019

1. Teil: Staatskirchenrecht

§ 2 Stichworte zur geschichtlichen Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Kirche in Deutschland

- I. Mittelalter

1. Zwei-Schwerter-Lehre
2. Corpus Christianum

Lit.: H. Fuhrmann, „Der wahre Kaiser ist der Papst.“ Von der irdischen Gewalt im Mittelalter, in: ders., Einladung ins Mittelalter, 1987, S. 121 ff.

II. Die Reformation und die Folgen

Lit.: Chr. Link, Kirchliche Rechtsgeschichte, 3. Aufl. 2017, S. 80 ff.; S. Koriath, Deutsches Staatskirchenrecht im langen Schatten des deutschen Bikonfessionalismus – Steht das deutsche Staatskirchenrecht noch heute unbotmäßig unter dem Eindruck der Reformation?, ZevKR 2018, S. 14 ff.

1. Reform oder Revolution der Kirche?
2. Reich und Territorien
3. Der Augsburger Religionsfriede von 1555 (Anerkennung der „Augsburgischen Konfession“ [= Lutheraner]; *ius reformandi* – „*cuius regio eius religio*“; *ius emigrandi*)

Lit.: M. Heckel, Der Augsburger Religionsfrieden, JZ 2005, S. 961 ff.

4. Der Westfälische Friede von 1648 (Anerkennung des reformierten Bekenntnisses; Normaljahrsregelung; *itio in partes*; Reich und Territorien)

Lit.: J. Wallmann, Kirchengeschichte Deutschlands seit der Reformation, 7. Auflage 2012; M. Heckel, Zur Entwicklung des deutschen Staatskirchenrechts von der Reformation bis zur Schwelle der Weimarer Verfassung, ZevKR 12 (1966), S. 1 ff. (auch in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. I, 1989, S. 366 ff.)

5. Das „landesherrliche Kirchenregiment“

III. Das Zeitalter der Aufklärung (18. Jahrhundert) – Die Entfaltung der Idee der „Toleranz“

IV. Das 19. Jahrhundert

Lit.: S. Koriath, Die Entwicklung des Staatskirchenrechts in Deutschland seit der Reformation, in: H. M. Heinig/Chr. Walter, Staatskirchenrecht oder Religionsverfassungsrecht?, 2007, S. 39 ff.

1. Der Reichsdeputationshauptschluss (1803; Säkularisation, Mediatisierung, Entschädigung); das Ende des Alten Reiches (1806) und die Deutsche Bundesakte (1815)

Deutsche Bundesakte (1815), Art. XVI. Die Verschiedenheit der christlichen Religionsparteien kann in den Ländern und Gebieten des deutschen Bundes keinen Unterschied in dem Genusse der bürgerlichen und politischen Rechte begründen.

Die Bundesversammlung wird in Berathung ziehen, wie auf eine möglichst übereinstimmende Weise die bürgerliche Verbesserung der Bekenner des jüdischen Glaubens in Deutschland zu bewirken sey, und wie insoderheit denselben der Genuß der bürgerlichen Rechte gegen die Übernahme aller Bürgerpflichten in den Bundesstaaten verschafft und gesichert werden können; jedoch werden den Bekennern dieses Glaubens bis dahin die dieselben von den einzelnen Bundesstaaten bereits eingeräumten Rechte erhalten.

Lit.: G. Krings, Das Alte Reich am Ende – der Reichsdeputationshauptschluss 1803, in: JZ 2003, S. 173 ff.; H. de Wall, Die Fortwirkung der Säkularisation im heutigen Staatskirchenrecht, in: Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche 38 (2004), S. 53 ff.

2. Die Entwicklung der Religionsfreiheit und des Staatskirchenrechts in den Verfassungen des 19. Jahrhunderts, insbesondere: Paulskirchenverfassung (1848); Preußische Verfassung von 1850

Paulskirchenverfassung (1849):

§ 144 Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren.

§ 145 Jeder Deutsche ist unbeschränkt in der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Übung seiner Religion.

Verbrechen und Vergehen, welche bei Ausübung dieser Freiheit begangen werden, sind nach dem Gesetze zu bestrafen.

§ 146. Durch das religiöse Bekenntnis wird der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch beschränkt. Den staatsbürgerlichen Pflichten darf dasselbe keinen Abbruch tun.

§ 147. Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig, bleibt aber den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen.

Keine Religionsgesellschaft genießt vor andern Vorrechte durch den Staat; es besteht fernerhin keine Staatskirche.

Neue Religionsgesellschaften dürfen sich bilden; eine Anerkennung ihres Bekenntnisses durch den Staat bedarf es nicht.

Preußische Verfassung (1850):

Art. 12 Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgesellschaften (Art. 30 und 31) und der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung wird gewährleistet. Der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse. Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen.

Art. 13 Die Religionsgesellschaften, so wie die geistlichen Gesellschaften, welche keine Korporationsrechte haben, können diese Rechte nur durch besondere Gesetze erlangen.

Art. 14 Die christliche Religion wird bei denjenigen Einrichtungen des Staats, welche mit der Religionsübung im Zusammenhange stehen, unbeschadet der im Art. 12 gewährleisteten Religionsfreiheit zum Grunde gelegt.

Art. 15 Die evangelische und die römisch-katholische Kirche, so wie jede andere Religionsgesellschaft, ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig und bleibt im Besitz und Genuß der für ihre Kultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds.

3. Der „Kulturkampf“

Lit.: E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 4, 1969, S. 651 ff.; P. Landau, Die Entstehung des neueren Staatskirchenrechts in der deutschen Rechtswissenschaft der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: W. Schieder (Hrsg.), Religion und Gesellschaft im 19. Jahrhundert, 1993, S. 29 ff.; R. Morsey, Der Kulturkampf – Bismarcks Präventivkrieg gegen das Zentrum und die katholische Kirche, in: Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche 34 (2000), S. 5 ff.

V. Das 20. Jahrhundert

1. Der „Weimarer Kompromiß“ – Entstehung und Tragweite der Art. 135 ff. WRV

Lit.: G. J. Ebers, Staat und Kirche im neuen Deutschland, 1930; Chr. Gusy, Die Weimarer Reichsverfassung, 1997, S. 321 ff.

2. Staat und Kirchen im Nationalsozialismus

Lit.: K. Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1, 1977, Bd. 2, 1985; G. Besier, Die Kirchen und das Dritte Reich, 2001

3. Die Übernahme der Weimarer Kirchenartikel durch das Grundgesetz (Art. 140 GG)

Lit.: M. Borowski, Die Glaubens- und Gewissensfreiheit des Grundgesetzes, 2006, S. 56 ff.

4. Staat und Kirchen in der DDR

Art. 41 Verf DDR (1949) (1) Jeder Bürger genießt volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die ungestörte Religionsausübung steht unter dem Schutz der Republik.

(2) Einrichtungen von Religionsgemeinschaften, religiöse Handlungen und der Religionsunterricht dürfen nicht für verfassungswidrige oder parteipolitische Zwecke mißbraucht werden. Jedoch bleibt das Recht der Religionsgemeinschaften, zu den Lebensfragen des Volkes von ihrem Standpunkt aus Stellung zu nehmen, unbestritten.

Art. 42 (1) Private oder staatsbürgerliche Rechte und Pflichten werden durch die Religionsausübung weder bedingt noch beschränkt.

Art. 43 (1) Es besteht keine Staatskirche. Die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften wird gewährleistet.

Art. 39 Verf DDR (1968/1974): (1) Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht, sich zu einem religiösen Glauben zu bekennen und religiöse Handlungen auszuüben.

(2) Die Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften ordnen ihre Angelegenheiten und üben ihre Tätigkeit aus in Übereinstimmung mit der Verfassung und den gesetzlichen Bestimmungen der Deutschen Demokratischen Republik. Näheres kann durch Vereinbarungen geregelt werden.

Lit.: G. Besier, Der SED-Staat und die Kirchen, 1993; Th. Boese, Die Entwicklung des Staatskirchenrechts in der DDR von 1945-1989, 1994

§ 3 Die Rechtsquellen des geltenden Staatskirchenrechts

- I. Das Grundgesetz (insbesondere: Art. 4 GG; Art. 7 GG; Art. 140 GG iVm Art. 136-139, 141 WRV)

- II. Die Verfassungen der Länder

Lit.: S. Koriath, Religiöse und weltanschauliche Freiheiten, in: D. Merten/H.-J. Papier (Hrsg.), Handbuch der Grundrechte, Band VIII: Landesgrundrechte in Deutschland, 2017, § 236

- III. Verträge zwischen Staat und Kirche (Kirchenverträge und Konkordate)

Lit.: S. Mückl (Hrsg.), Das Recht der Staatskirchenverträge, 2007

1. Grundlagen

2. Die Konkordate und Kirchenverträge der Weimarer Republik / Zum Problem ihrer Weitergeltung nach 1945 und 1990

Lit.: W. Rüfner, Deutsche Einheit im Staatskirchenrecht, in: Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche 26 (1992), S. 60 ff.

3. Das „Reichskonkordat“ vom 20. Juli 1933 und seine Weitergeltung nach 1945

BVerfGE 6, 309 – Konkordatsurteil

4. Die Kirchenverträge in der alten Bundesrepublik – insbesondere der „Loccummer Vertrag“ (1955)

Lit.: J. Listl (Hrsg.), Die Konkordate und Kirchenverträge in der Bundesrepublik Deutschland, 2 Bände, 1987

5. Die Verträge zwischen Staat und Kirchen in den neuen Bundesländern

Lit.: A. Vulpius, Der Evangelische Kirchenvertrag Sachsen-Anhalt unter besonderer Berücksichtigung der Nihil obstat-Frage, JöR n. F. 43 (1995), S. 327 ff.; H. Weber, Der Wittenberger Vertrag – Ein Loccum für die neuen Bundesländer?, NVwZ 1994, S. 759 ff.; A. v. Campenhausen, Vier neue Staatskirchenverträge in vier neuen Ländern, NVwZ 1995, S. 757 ff.; ders., Der Güstrower Vertrag – Ein Schritt zur Normalisierung des Verhältnisses von Staat und Kirche, LKV 1995, S. 233 ff.; H. Weber, Neue Staatskirchenverträge mit der Katholischen Kirche in den neuen Bundesländern, in: FS für M. Heckel, 1999, S. 463 ff.; H. U. Anke, Die Neubestimmung des Staat-Kirche-Verhältnisses in den neuen Ländern durch Staatskirchenverträge, 2000

6. Neueste Entwicklungen: Kirchenverträge in Bremen (2001), Berlin (2006), Hamburg (2006), Schleswig-Holstein (2009)

Lit.: M. Richter/A. Ziekow, Der evangelische Kirchenvertrag Berlin, in: ZevKR 53 (2008), S. 1 ff.

Verträge mit jüdischen Gemeinschaften, zuletzt Rheinland-Pfalz (2012), ferner „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland“ vom 27. Januar 2003 (BGBl. I S. 1598); Vertrag zwischen der Bundesrepublik und dem Zentralrat der Juden in Deutschland zur Regelung der jüdischen Militärseelsorge vom 20. Dezember 2019 (BGBl. I 2020 S. 1664)

Verträge mit islamischen Gemeinschaften: Hamburg (2012), Bremen (2013), Niedersachsen (Verhandlungen aktuell ausgesetzt)

Lit.: U. K. Jacobs, Staatsverträge mit nichtchristlichen Religionsgemeinschaften – Chancen und Grenzen, in: KuR 2016, S. 1 ff.

§ 4 Das Grundrecht der Religionsfreiheit – Art. 4 GG

Lit.: M. Borowski, Die Glaubens- und Gewissensfreiheit des Grundgesetzes, 2006; Chr. Möllers, Religiöse Freiheit als Gefahr?, in: VVDStRL 68 (2009), S. 47 ff.; Chr. Walter, Religiöse Freiheit als Gefahr? Eine Gegenrede, in: DVBl. 2008, S. 1073 ff.; L. Häberle, Religionsfreiheit und Toleranz, Der Staat 57 (2018), 35

I. Der Schutzbereich, insbesondere in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts

BVerfGE 12, 1 – Tabak-Fall; 19, 129; 24, 236 – „Aktion Rumpelkammer“; 32, 98; 93, 1 – „Kruzifix-Entscheidung“; BVerfGE 104, 337 – Schächten; BVerfG, Beschluss der 2. Kammer des Ersten Senats vom 09. Mai 2016 – 1 BvR 2202/13 – Krypta im Industriegebiet; hierzu: U. K. Jacobs, Mor Gabriel und die gestärkte Bedeutung des Kirchenrechts im weltlichen Rechtskreis, KuR 2017, 26

BVerfGE 24, 236 (246): „Zur Religionsausübung gehören danach nicht nur kultische Handlungen und Ausübung sowie Beachtung religiöser Gebräuche wie Gottesdienst, Sammlung kirchlicher Kollekten, Gebete, Empfang der Sakramente, Prozessionen, Zeigen von Kirchenfahnen, Glockengeläute, sondern auch religiöse Erziehung, freireligiöse und atheistische Feiern sowie andere Äußerungen des religiösen und weltanschaulichen Lebens.“

BVerfGE 138, 296 (328 f.): „Art. 4 GG garantiert in Absatz 1 die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses, in Absatz 2 das Recht der ungestörten Religionsausübung. Beide Absätze des Art. 4 GG enthalten ein umfassend zu verstehendes, einheitliches Grundrecht [...]. Es erstreckt sich nicht nur auf die innere Freiheit, zu glauben oder nicht zu glauben, das heißt einen Glauben zu haben, zu verschweigen, sich vom bisherigen Glauben loszusagen und einem anderen Glauben zuzuwenden, sondern auch auf die äußere Freiheit, den Glauben zu bekunden und zu verbreiten, für seinen Glauben zu werben und andere von ihrem Glauben abzuwerben [...]. Umfasst sind damit nicht allein kultische Handlungen und die Ausübung und Beachtung religiöser Gebräuche, sondern auch die religiöse Erziehung sowie andere Äußerungsformen des religiösen und weltanschaulichen Lebens [...]. Dazu gehört auch das Recht der Einzelnen, ihr gesamtes Verhalten an den Lehren ihres Glaubens auszurichten und dieser Überzeugung gemäß zu handeln, also glaubensgeleitet zu leben; dies betrifft nicht nur imperative Glaubenssätze [...]. Bei der Würdigung dessen, was im Einzelfall als Ausübung von Religion und Weltanschauung zu betrachten ist, darf das Selbstverständnis der jeweils betroffenen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und des einzelnen Grundrechtsträgers nicht außer Betracht bleiben [...].“

II. Eingriffe und Schranken (kollidierendes Verfassungsrecht oder Art. 136 I WRV)

BVerfGE 32, 98 (107 f.); 33, 23 (31); 93, 1 (21); BVerwGE 112, 227 (231 ff.)

BVerfGE 138, 296 (333): „Einschränkungen dieses Grundrechts müssen sich aus der Verfassung selbst ergeben, weil Art. 4 Abs. 1 und 2 GG keinen Gesetzesvorbehalt kennt. Zu solchen verfassungsimmanenten Schranken zählen die Grundrechte Dritter sowie

Gemeinschaftswerte von Verfassungsrang [...]. Die Einschränkung bedarf überdies einer hinreichend bestimmten gesetzlichen Grundlage.“

BVerfGE 153, 1 (36 ,Rn. 86) – Kopftuchtragende Rechtsreferendarin: „Als mit der Glaubensfreiheit in Widerstreit tretende Verfassungsgüter, die einen Eingriff in die Religionsfreiheit [z.B.] rechtfertigen können, kommen der Grundsatz der religiös-weltanschaulichen Neutralität, der Grundsatz der Funktionsfähigkeit der Rechtspflege [...] und mögliche Kollisionen mit der Religionsfreiheit Dritter in Betracht.“

Lit.: M. Fehlau, Die Schranken der freien Religionsausübung, JuS 1993, S. 441 ff.; F. Schoch, Die Grundrechtsdogmatik vor den Herausforderungen einer multikonfessionellen Gesellschaft, in: FS für A. Hollerbach, 2001, S. 149 ff.

III. Problemfälle

1. Religionsfreiheit und neue Religionen, insbesondere „Jugendsekten“

BVerwGE 82, 76; BVerwG NJW 1991, 1770; BVerfGE 105, 279 – Äußerungen der Bundesregierung über Religionsgemeinschaften; BVerfGE 83, 341; BVerfG BayVBl. 2006, 633 – Religionsfreiheit contra Schulpflicht? (insbesondere: Teilnahme am Sexualkundeunterricht)

Lit.: W. Heintschel v. Heinegg/O. Schäfer, Der Grundrechtsschutz (neuer) Religionsgemeinschaften und die Grenzen staatlichen Handelns, DVBl. 1991, S. 1341 ff.; P. Badura, Der Schutz von Religion und Weltanschauung durch das Grundgesetz, 1989; J. Hellermann, Multikulturalität und Grundrechte – am Beispiel der Religionsfreiheit, in: Chr. Grabenwarter u. a. (Hrsg.), Allgemeinheit der Grundrechte und Vielfalt der Gesellschaft, 1994, S. 129 ff.

S. a. BAG JZ 1995, S. 951 ff. – Scientology; BT-Drs. 13/8170 – Bericht der Enquete-Kommission „Sog. Sekten und Psychogruppen“

2. Islam und Religionsfreiheit

Lit.: W. Loschelder, Der Islam und die religionsrechtliche Ordnung des Grundgesetzes, in: Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche 20 (1986), S. 149 ff.; S. Muckel (Hrsg.), Der Islam im öffentlichen Recht des säkularen Verfassungsstaates, 2008

Problemfälle: BVerwGE 94, 82; BVerfGE 104, 337 – Schächten; BVerwGE 141, 223 – Gebetsverbot in der Schule; BVerfGE 108, 282 – Kopftuch Lehrerin; BVerfG, Beschluss vom 27. Januar 2015 (1 BvR 471/10 und 1181/10), BVerfGE 138, 296 – Kopftuch II; BVerfG, NJW 2020, 1049 (BVerfGE 153,1) – Kopftuchverbot für Rechtsreferendarinnen; dazu Brosius-Gersdorf/Gersdorf, NVwZ 2020, S. 428 ff.; BVerwGE 147, 362 – „Burkini“ und EGMR 10.01.2017 – „Burkini“ (Nr. 29086/12); BVerfG NJW 2007, 56 – Kopftuch einer ZuhörerIn im Gerichtssaal (auch als Übungsfall: S. Koriath/H. M. Heimann, Berliner Kopftücher, in: H. M. Heinig, Fälle und Lösungen zum Staatskirchenrecht, 2005, S. 9 ff.); zur neueren Diskussion um das Kopftuch im öffentlichen Dienst, insbesondere vor dem Hintergrund landesrechtlicher Vorgaben: H. Wißmann, Religiöse Symbole im öffentlichen Dienst, ZevKR 52 (2007), S. 51 ff.; H. Hofmann, Religiöse Symbole in Schule und Öffentlichkeit – Stand der Entwicklung der Landesgesetzgebung und Rechtsprechung nach der Richtungsentscheidung des BVerfG von 2003, in: NVwZ 2009, S. 74 ff.; Chr. Traulsen, Distanzierende Neutralität an Baden-Württembergs Schulen?, RdJB 2006, S. 116 ff.; U. Battis/P. F. Bultmann, Was folgt für die Gesetzgeber aus dem Kopftuchurteil des BVerfG?, JZ 2004, S. 581 ff.; J. Schubert: Religiöse Symbole und Kleidungsstücke am Arbeitsplatz, NJW 2017, 2582

3. BVerfGE 93, 1 – „Kruzifix-Entscheidung“

Lit.: J. Isensee, *Bildersturm durch Grundrechtsinterpretation*, ZRP 1996, S. 10 ff.; M. Jestaedt, JRP 1995, S. 237 ff.; H. Goerlich, *Krieg dem Kreuz in der Schule?*, NVwZ 1995, S. 1184 ff.; G. Czermak, *Der Kruzifix-Beschluß des Bundesverfassungsgerichts, seine Ursachen und seine Bedeutung*, NJW 1995, S. 3348 ff.

BayVGh, BayVBl. 2002, 400 – *Widerspruch eines Lehrers gegen ein Kreuz im Klassenzimmer*

BayVGh, Urt. v. 01.06.2022, Az. 5 N 20.1331 – *Klage auf Aufhebung des sogenannten „Kreuzerlasses“*

§ 5 Die grundlegenden staatskirchenrechtlichen Verfassungsentscheidungen

T. Holterhus/N. Aghazadeh, *Die Grundzüge des Religionsverfassungsrechts*, JuS 2016, 19 ff. und 117 ff.

- I. Art. 140 GG iVm Art. 137 I WRV: „Es besteht keine Staatskirche.“ – Das Verbot der institutionellen Verbindung von Staat und Kirche; die weltanschauliche Neutralität des Staates; Parität und Toleranz

Lit.: K. Schlaich, *Neutralität als verfassungsrechtliches Prinzip*, 1972; S. Huster, *Die ethische Neutralität des Staates*, 2003; K.-H. Ladeur/I. Augsberg, *Toleranz – Religion – Recht. Die Herausforderung des ‚neutralen‘ Staates durch neue Formen von Religiosität in der postmodernen Gesellschaft*, 2007; S. Koriath/I. Augsberg, *Neue Religionskonflikte und staatliche Neutralität – Erfordern weltanschauliche und religiöse Entwicklungen Antworten des Staates?*, in: JZ 2010, S. 828 ff.

BVerfGE 105, 279 – *Informationen der Staatsorgane über Religionsgemeinschaften, Neutralität und Art. 4 GG*; BVerfGE 108, 282 – *Kopftuchtragende Lehrerin*; BVerfGE 138, 296 – „Kopftuch II“: BVerfG, NJW 2017, 2333 – *Kopftuch einer Rechtsreferendarin im Gerichtssaal*

BVerfGE 138, 296 (339): „Das Grundgesetz begründet für den Staat als Heimstatt aller Staatsbürger in Art. 4 Abs. 1, Art. 3 Abs. 3 S. 1, Art. 33 Abs. 3 sowie durch Art. 136 Abs. 1 und 4 und Art. 137 Abs. 1 WRV in Verbindung mit Art. 140 GG die Pflicht zu weltanschaulich-religiöser Neutralität. Es verwehrt die Einführung staatskirchlicher Rechtsformen und untersagt die Privilegierung bestimmter Bekenntnisse ebenso wie die Ausgrenzung Andersgläubiger [...]. Der Staat hat auf eine am Gleichheitssatz orientierte Behandlung der verschiedenen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften zu achten [...] und darf sich nicht mit einer bestimmten Religionsgemeinschaft identifizieren [...]. Der freiheitliche Staat des Grundgesetzes ist gekennzeichnet von Offenheit gegenüber der Vielfalt weltanschaulich-religiöser Überzeugungen und gründet dies auf ein Menschenbild, das von der Würde des Menschen und der freien Entfaltung der Persönlichkeit in Selbstbestimmung und Eigenverantwortung geprägt ist [...].“ Zum Gegensatz von „distanzierender Neutralität“ (strikte Trennung) und „offener und übergreifender, die Glaubensfreiheit für alle Bekenntnisse gleichermaßen fördernde“ Neutralität.

II. Art. 140 GG iVm Art. 137 III WRV: Das Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften im Rahmen „des für alle geltenden Gesetzes“

Lit.: K. Hesse, in: J. Listl/D. Pirson (Hrsg.), Handbuch des Staatskirchenrechts (HdbStKirchR), Bd. I, 2. Auflage 1994, S. 521 ff. S. Koriath, Das Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften, in: D. Pirson/W. Rüfner/M. Germann/S. Muckel (Hrsg.), Handbuch des Staatskirchenrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1, 3. Auflage 2020, § 16, S. 651 ff.

1. Die eigenen Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften

BVerfGE 18, 385; 66, 1; ferner BVerfGE 70, 138; BVerfGE 137, 273 = JZ 2015, 188 (mit Anm. C. D. Classen) – Kirchen und individuelles Arbeitsrecht/Kündigungsschutz

Lit.: J. Wieland, Die Angelegenheiten der Religionsgesellschaften, Der Staat 25 (1986), S. 321 ff.

2. Das „für alle geltende Gesetz“ als Schranke des Selbstbestimmungsrechts

Gerhard Anschütz, Kommentar zur Weimarer Verfassung, 13. Auflage 1933, S. 636: „Für alle‘ ist [...] gleichbedeutend mit ‚für jedermann‘.“

Johannes Heckel, VerwArch 37 (1932), S. 280 ff., 284: „Das ‚für alle geltende Gesetz‘ ist nicht das generelle Gesetz im Sinne der Gewaltenteilungslehre, auch nicht ein Gesetz, das sich auf eine Allgemeinheit von Individuen oder Verbänden bezieht [...]; es ist das Gesetz, das auf die Allgemeinheit im prägnanten Sinn zugeschnitten ist, nämlich auf die deutsche Nation. Oder genauer gesagt: das ‚für alle geltende Gesetz‘ ist ein Gesetz, das trotz grundsätzlicher Bejahung der kirchlichen Autonomie vom Standpunkt der Gesamtnation als sachlich notwendige Schranke der kirchlichen Freiheit anerkannt werden muß; m.a.W. jedes für die Gesamtnation als politische, Kultur- und Rechtsgemeinschaft unentbehrliche Gesetz, aber auch nur ein solches Gesetz. Daraus folgt: Nur zwingende Interessen des deutschen Gesamtvolkes dürfen zu einer Verengung der kirchlichen Autonomie führen.“

BVerfGE 42, 312; 53, 366 (400); 70, 138 (167), 137, 273(319) – „Wechselwirkungslehre“. BVerfGE 53, 366 (400 f.): „Art. 137 Abs. 3 Satz 1 WRV gewährleistet in Rücksicht auf das zwingende Erfordernis friedlichen Zusammenlebens von Staat und Kirche [...] sowohl das selbständige Ordnen und Verwalten der eigenen Angelegenheiten [...] als auch den staatlichen Schutz anderer für das Gemeinwesen bedeutsamer Rechtsgüter. Dieser Wechselwirkung von Kirchenfreiheit und Schranken Zweck ist durch entsprechende Güterabwägung Rechnung zu tragen [...]. Dabei ist jedoch dem Eigenverständnis der Kirchen [...] ein besonderes Gewicht zuzumessen [...].“

III. Art. 140 GG iVm Art. 137 V WRV: Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts

1. Vorbemerkung: Organisationsformen von Religionsgemeinschaften im Überblick

BVerfGE 83, 341

Lit.: B. Jeand’Heur, Jus Divinum oder BGB: Eintragung von Religionsgemeinschaften in das Vereinsregister? – BVerfGE 83, 341, JuS 1992, S. 830 ff.; J. Jurina, Die Religionsgemeinschaften mit privatrechtlichem Status, in: J.

Listl/D. Pirson (Hrsg.), *HdbStKirchR*, Bd. I, 2. Auflage 1994, S. 689 ff.; S. Koriath, *Die Entwicklung der Rechtsformen von Religionsgemeinschaften*, in: H. G. Kippenberg/G. F. Schuppert (Hrsg.), *Die verrechtlichte Religion*, 2005, S. 109 ff. B. Pjeroth/Chr. Görisch, *Was ist eine Religionsgemeinschaft*, *JuS* 2002, S. 937 ff.

2. Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts

Lit.: E. Friesenhahn, *Die Kirchen und Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts*, in: ders./U. Scheuner (Hrsg.), *Handbuch des Staatskirchenrechts*, Bd. I, 1. Auflage 1974, S. 545 ff.; H. M. Heinig, *Öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften*, 2003; vgl. auch den gemeinsamen „Leitfaden für die Verleihung des Körperschaftsrechte an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften“ der Länder, abgedruckt in *KuR* 2017, 58; S. Muckel, *Körperschaftsstatus im 21. Jahrhundert – Anachronismus oder Zukunftsmodell?*, *ZevKR* 2018, S. 30

3. Die mit dem Körperschaftsstatus verbundenen Rechte (Rechtsetzungsautonomie, Organisationsgewalt, Parochialrecht, Dienstherrenfähigkeit, Widmungsbefugnis)

4. Problemfall: Islamische Gemeinschaften und andere Glaubensrichtungen als mögliche Körperschaften des öffentlichen Rechts?

BVerfGE 102, 370 – Zeugen Jehovas

Lit.: S. Muckel, *Muslimische Gemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts*, *DÖV* 1995, S. 311 ff. – Islam; H. Weber, *Körperschaftsstatus für die Religionsgemeinschaft der Zeugen Jehovas in Deutschland?*, *ZevKR* 41 (1996), S. 172 ff.; S. Koriath, *Loyalität im Staatskirchenrecht?*, *GS für B. Jeand’Heur*, 1999, S. 221 ff. – Zeugen Jehovas

5. Die „Zweitverleihung“ des Körperschaftsstatus

BVerfGE 139, 321 - Zeugen Jehovas; *Verleihung des Körperschaftsstatus durch Gesetz (Bremen)*; N. Huxdorff, *Rechtsfrage der Erst- und Zweitverleihung des öffentlich-rechtlichen Körperschaftsstatus an Religionsgemeinschaften*, 2013; S. Muckel, *Die Zweitverleihung der Körperschaftsrechte an Religionsgemeinschaften – immer noch umstritten*, *NVwZ* 2015, 1426; M. Sachs, *Staatskirchenrecht: Gewährung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an Religionsgesellschaft*, *JuS* 2015, 1048

IV. Art. 140 GG iVm Art.139 WRV, der Sonntag als Tag der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung

Ein Problemfall (bis zu zehn Ladenöffnungssonntage):

Berliner Ladenöffnungsgesetz
v. 14.11.2006 (GVBl. S. 1045)

(Auszug)

§ 3 Allgemeine Ladenöffnungszeiten

- (1) Verkaufsstellen dürfen an Werktagen von 0.00 bis 24.00 Uhr und an Adventssonntagen von 13.00 bis 20.00 Uhr geöffnet sein.

§ 6 Weitere Ausnahmen

- (1) Die für die Ladenöffnungszeiten zuständige Senatsverwaltung kann im öffentlichen Interesse ausnahmsweise die Öffnung von Verkaufsstellen an höchstens vier Sonn- oder

Feiertagen durch Allgemeinverfügung zulassen. Der 1. Januar, der 1. Mai, der Karfreitag, der Ostersonntag, der Pfingstsonntag, der Volkstrauertag, der Totensonntag und die Feiertage im Dezember sind hiervon ausgenommen.

(2) Verkaufsstellen dürfen aus Anlass besonderer Ereignisse, insbesondere von Firmenjubiläen und Straßenfesten, an jährlich höchstens zwei weiteren Sonn- oder Feiertagen von 13.00 bis 20.00 Uhr öffnen. Die Verkaufsstelle hat dem zuständigen Bezirksamt die Öffnung sechs Tage vorher anzuzeigen. Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

Lit. zum Sonntagsschutz: BVerfG JZ 2010, 137 (= BVerfGE 125, 39) mit Anm. C. D. Classen – Berliner Ladenöffnungsgesetz; BVerfGE 111, 10 – Verfassungsmäßigkeit des grundsätzlichen Verbots der Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen; BVerfGE 143, 161 – Karfreitag (m. Anm. S. Muckel, JA 2017, 634 und M. Sachs, JuS 2017, 374); T. Kingreen/B. Pieroth, Verfassungsrechtliche Grenzen einer Aufhebung der Ladenschlusszeiten, JZ 2006, 105 ff.; F. Stollmann, Staatlich anerkannte Feiertage – einfachgesetzlicher Spielball oder änderungsfestes Rechtsinstitut?, DÖV 2004, 471 ff.; W. Rübner, Die institutionelle Garantie der Sonn- und Feiertage, in: FS für M. Heckel, 1999, S. 447 ff.; J. von Lucius, Sonntag für alle. Rechtsvergleichende Anmerkungen zur verfassungsrechtlichen Rechtsprechung zum gesetzlichen Sonntagsschutz, KritV 2010, S. 190 ff.

§ 6 Der Religionsunterricht nach Art. 7 III GG

Lit.: S. Korioth/I. Augsburg, Ethik- oder Religionsunterricht? Eine Bestandsaufnahme aus verfassungsrechtlicher Sicht, ZG 2009 S. 222 ff.; S. Korioth, Religiöse und weltanschauliche Freiheiten, in: D. Merten/H.-J. Papier (Hrsg.), Handbuch der Grundrechte, Band VIII, Landesgrundrechte in Deutschland, 2017, § 236, Rn. 22 ff.; S. Korioth, Der Auftrag des Religionsunterrichts nach Art. 7 Abs. 3 GG, in: Essener Gespräche 49 (2016), S. 7 ff.

I. Religionsunterricht als institutionelle Garantie und Grundrecht?

II. Von Art. 7 III GG abweichende Modelle:

1. Ethikunterricht für alle (Berlin)

BVerfG DVBl. 2007, 693

Lit.: P. Unruh, Zur Verfassungsmäßigkeit des obligatorischen Ethikunterrichts, DÖV 2007, S. 625 ff.; K. Engelbrecht, Verfassungsrechtliche Fragen der Einführung von Ethikunterricht in den öffentlichen Schulen des Landes Berlin, RdJB 2006, S. 362 ff.

2. Lebensgestaltung – Ethik – Religionskunde (LER, Brandenburg)

BVerfGE 104, 305 – Vergleichsvorschlag LER

Lit.: B. Schlink, Religionsunterricht in den neuen Ländern, NJW 1992, S. 1008 ff.; H. Kremser, Das Verhältnis von Art. 7 Abs. 3 S. 1 GG und Art. 141 GG im Gebiet der Neuen Bundesländer, JZ 1995, S. 928 ff.; M. Heckel, Religionskunde im Lichte der Religionsfreiheit, ZevKR 44 (1999), S. 147 ff.; ferner H. A. Wolff, Der Vergleichsvorschlag des Bundesverfassungsgerichts pp., EuGRZ 2003, S. 463 ff. (zum verfahrensrechtlichen Hintergrund)

III. Islamischer Religionsunterricht und Art. 7 III GG

Lit.: W. Bock (Hrsg.), Islamischer Religionsunterricht? Rechtsfragen, Länderberichte, Hintergründe, 2. Auflage 2007; M. Stock, Islamunterricht:

Religionskunde, Bekenntnisunterricht oder was sonst?, 2003; M. Heckel, *Religionsunterricht für Muslime?*, JZ 1999, S. 741 ff.; S. Korioth, *Islamischer Religionsunterricht und Art. 7 III GG, NVwZ 1997, S. 1041 ff.*; BVerwG, NJW 2005, S. 2101 ff. – *islamischer Religionsunterricht in Nordrhein-Westfalen*; BVerwGE 110, 326 – *islamischer Religionsunterricht in Berlin*; Chr. Walter u.a. (Hrsg.), *Die Einrichtung von Beiräten für islamische Studien*, 2011; Janbernd Oebbecke, *Die rechtliche Ordnung des islamischen Religionsunterrichts in Deutschland: Stand und Perspektiven*, in: *Essener Gespräche 49 (2016)*, S. 153 ff.

§ 7 Die Kirchensteuer und die Finanzierung der Kirchen

Lit.: H. Marré, *Das kirchliche Besteuerungsrecht*, in: J. Listl/D. Pirson (Hrsg.), *Hdb-StKirchR, Bd. I, 2. Auflage 1994, S. 1101 ff.*; ders., *Die Kirchenfinanzierung in Kirche und Staat der Gegenwart*, 4. Auflage 2006; J. Isensee, *Die Finanzquellen der Kirchen im deutschen Staatskirchenrecht – Rechtsgrundlagen und Legitimationsgedanken*, JuS 1980, S. 94 ff.; R. Althaus, *Aktuelle Probleme der Kirchenfinanzierung in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Chr. Grabenwarter/N. Lüdecke (Hrsg.), *Standpunkte im Kirchen- und Staatskirchenrecht*, 2002, S. 9 ff.; M. Droege, *Staatsleistungen an Religionsgemeinschaften im säkularen Kultur- und Sozialstaat*, 2004; R. Rausch, *14. Dezember 1965 – 50 Jahre Judikatur des BVerfG zur Kirchensteuer*, KuR 2016, S. 69 ff.; D. zu Hohenlohe, *Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen: Der unerfüllte Verfassungsauftrag des Art. 138 Abs. 1 WRV i. V. m. Art. 140 GG*, ZevKR 2017, S. 178

§ 8 Die Militärseelsorge (Art. 140 GG iVm Art. 141 WRV)

§ 9 Das Arbeitsrecht in der Kirche

Lit.: R. Richardi, *Arbeitsrecht in der Kirche*, 7. Auflage 2015; G. Thüsing, *Kirchliches Arbeitsrecht*, 2006

I. Probleme des individuellen Arbeitsrechts, insbesondere: Kündigungsschutz

BVerfGE 70, 138; BVerfGE 137, 273; EuGH, Urteil vom 17.4.2018 (C-414/16); Urteil vom 11.9.2018 (C-68/17)

Lit.: J. M. Schubert, *Die Kirche als Arbeitgeber – Die Folgen von „Egenberger“ und „Chefarzt“ für Diakonie und Caritas*, in: *EuZA 2020, S. 320 ff.*; A. Junker: *Gleichbehandlung und kirchliches Arbeitsrecht – Ein deutscher Sonderweg landet vor dem EuGH*, in: *NJW 2019, S. 1850 ff.*

II. Grundfragen des kollektiven Arbeitsrechts, insbesondere: Der „Dritte Weg“ der Kirchen

Lit.: K. Schlaich, *Der „Dritte Weg“ – eine kirchliche Alternative zum Tarifvertragssystem?*, JZ 1980, S. 209 ff.; G. Thüsing, *20 Jahre „Dritter Weg“ – Rechtsnatur und Besonderheiten der Regelung kirchlicher Arbeitsverhältnisse*, RdA 1997, S. 163 ff.; R. Richardi, *Sicherung der Privatautonomie für den kirchlichen Dienst durch das kirchliche Arbeitsrecht*, ZevKR 52 (2007), S. 182 ff.; LAG Hamm, *NZA-RR 2011, S. 185 ff.*; BAG *NZA 2013, 448-467 = ZevKR 58 (2013), 210-223 – Zulässigkeit von Streikmaßnahmen in kirchlichen Einrichtungen*

§ 10 Kirchen und Religionsgemeinschaften im europäischen Einigungsprozess

I. Religionsrelevante inter- und supranationale Normen

1. Art. 18 des Paktes über bürgerliche und politische Rechte; Art 18 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte
2. Art. 9 EMRK; ergänzend Art. 14 EMRK (Verbot der Diskriminierung aus religiösen Gründen)

Lit.: Chr. Grabenwarter/K. Pabel, Europäische Menschenrechtskonvention, 7. Aufl. 2021, § 22 IV; EGMR 18.3.2011 (GK) – Lautsi (Nr. 30814/06) – Kreuz im italienischen Klassenzimmer; EGMR 10.01.2017 – „Burkini“ (Nr. 29086/12)

3. Das Grundrecht der Religionsfreiheit im EU-Recht Art. 6 EUV, Art. 10 GRCh, Diskriminierungsverbote: Art. 10, Art. 19 AEUV, Art. 21 GRCh

II. Das deutsche Staatskirchenrecht in der Europäischen Union

Lit.: H. Weber, Die Religionsfreiheit im nationalen und internationalen Verständnis, ZevKR 45 (2000), S. 109 ff.; ders., Die individuelle und kollektive Religionsfreiheit im europäischen Recht einschließlich ihres Rechtsschutzes, ZevKR 47 (2002), S. 265 ff.; A. v. Ungern-Sternberg, Religionsfreiheit in Europa, 2008; S. Mückl, Europäisierung des Staatskirchenrechts, 2005; H. Weber, Religionsrecht und Religionspolitik der EU, NVwZ 2011, S. 1485 ff.

1. Fehlende Regelungsbefugnis der EU im Religionsrecht
2. Achtung der nationalen Identität und des mitgliedschaftlichen Verfassungsrechts (Art. 4 Abs. 2 EUV, Art. 17 AEUV)
BVerfGE 123, 267 (358) – Lissabon; EuGH, Urteil vom 18. April 2018 – Rs. C – 414/16 (Egenberger)
3. Einwirkungsbereiche des Unionsrechts – Bereichsausnahmen, Wettbewerbs- und Beihilfenrecht

Literatur zum Staatskirchenrecht allgemein:

- A. v. Campenhausen/H. de Wall, Religionsverfassungsrecht, 5. Auflage 2022
- D. Pirson/W. Rüfner/M. Germann/S. Muckel (Hrsg.), Handbuch des Staatskirchenrechts der Bundesrepublik Deutschland (HSKR), 3 Bände, 3. Auflage 2020
- B. Jeand'Heur/S. Koriath, Grundzüge des Staatskirchenrechts, 2000
- J. Winter, Staatskirchenrecht der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage 2008
- H. M. Heinig (Hrsg.), Fälle und Lösungen zum Staatskirchenrecht, 2005
- C. D. Classen, Religionsrecht, 3. Auflage 2021
- G. Czermak, Religions- und Weltanschauungsrecht, 2. Auflage 2018
- P. Unruh, Religionsverfassungsrecht, 5. Auflage 2023

2. Teil: Evangelisches Kirchenrecht

§ 11 Geschichtliche Entwicklung und rechtstheologische Grundlagen des evangelischen Kirchenrechts

- I. Die Anfänge in der Reformation: Von der Ablösung vom katholischen Kirchenrecht zu „Kirchenordnungen“
- II. Geistlich und weltlich: Das Problem des „Kirchenregiments“
- III. Verselbständigung der Kirche und synodale Entwicklungen im 19. Jahrhundert
- IV. Sohm und die Folgen: Rechtstheologie, Grundlagenstreit

Lit.: K. Schlaich, Die Grundlagendiskussion zum evangelischen Kirchenrecht, Pastoraltheologie 72 (1983), S. 240 ff. (auch in: ders., Gesammelte Aufsätze, 1997, S. 269 ff.); Chr. Link, Rechtstheologische Grundlagen des evangelischen Kirchenrechts, in: ZevKR 45 (2000), S. 73 ff.; D. Konrad, Der Rang und die grundlegende Bedeutung des Kirchenrechts im Verständnis der evangelischen und katholischen Kirche, 2010; P. Landau, Grundlagen und Geschichte des evangelischen Kirchenrechts und Staatskirchenrechts, 2010

§ 12 Kirchliches Verfassungsrecht

- I. Typen evangelischer Kirchenverfassungen

Lit.: Chr. Link, Typen evangelischer Kirchenverfassungen, in: FS für A. Stein, 1995, S. 87 ff.

1. Ekklesiologische Grundlagen, Art. 7 CA
2. Kirchenverfassung: Konstitutions-, Ordnungs- und Rahmenfunktion
3. Inhaltliche Determinierungen: kirchlicher Auftrag, kirchliches Bekenntnis

- II. Bischofsamt, Synode und Kirchenverwaltung

- III. Mitgliedschaftsrecht

Lit.: W. Bock, Fragen des kirchlichen Mitgliedschaftsrechts, in: ZevKR 42 (1997), S. 319 ff.

1. Staatskirchenrechtliche Ausgangspunkte: Art. 4 I, II GG, Art. 140 GG, iVm Art. 137 I und III WRV
2. Zur Unterscheidung von Gliedschaft und Mitgliedschaft
3. Kirchenmitgliedschaftsgesetz der EKD

- IV. Kirchliche Zusammenschlüsse

1. Einigungsbestrebungen seit dem 19. Jahrhundert
2. Barmen 1934 und die „Reichskirche“
3. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)
 - a) Gründung 1948
 - b) „BEK“ – der Bund der evangelischen Kirche in der DDR
 - c) Aufgaben und Handlungsformen der EKD
 - d) Organe: Synode (Art. 23ff. GO EKD), Kirchenkonferenz (Art. 28 GO), Rat (Art. 29 GO)
4. Die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands (VELKD)
5. Die Evangelische Kirche der Union (EKU) und die Union Evangelischer Kirchen in der EKD (UEK)
6. Internationale Zusammenschlüsse

- a) Lutherischer Weltbund
- b) Weltgemeinschaft reformierter Kirchen

§ 13 Das Amt des Pfarrers und weitere kirchliche Ämter

§ 14 Lehrbeanstandung in der evangelischen Kirche

Lit.: W. Huber, Lehrbeanstandung in der Kirche der Lehrfreiheit, in: G. Rau/H.-R. Reuter/K. Schlaich (Hrsg.), Das Recht der Kirche, Bd. III, 1994, S. 118 ff.; BVerfG, Beschluss v. 28.10.2008, BVerfGE 122, 89 (122): Veränderung der Aufgabenbereiche eines Theologen bei Distanzierung von wesentlichen Glaubenssätzen

3. Teil: Katholisches Kirchenrecht

§ 15 Geschichtliche Entwicklung

Lit.: P. Krämer, Theologische Grundlegung des kirchlichen Rechts, 1977

§ 16 Kirchliche Rechtsquellen, insbesondere der Codex Iuris Canonici von 1983

Lit.: N. Lüdecke, Das Verständnis des kanonischen Rechts nach dem Codex Iuris Canonici von 1983, in: Chr. Grabenwarter/ders. (Hrsg.), Standpunkte im Kirchen- und Staatskirchenrecht, 2002, S. 177 ff.

§ 17 Die kirchliche Hierarchie

- I. Die Gesamtkirche und der Papst
- II. Die Teilkirche und die Teilkirchenverbände
- III. Die Pfarrei

§ 18 Die Zugehörigkeit zur Kirche

§ 19 Die rechtliche Ordnung der Sakramente

Literatur zum evangelischen und katholischen Kirchenrecht allgemein:

- A. Stein, Evangelisches Kirchenrecht, 3. Auflage 1992
- W. Aymans/MüllerK. Mörsdorf, Kanonisches Recht, 4 Bände 2023
- G. Grethlein/H. Böttcher/W. Hofmann/H.-P. Hübner, Evangelisches Kirchenrecht in Bayern, 1994
- G. Rau/H.-R. Reuter/K. Schlaich (Hrsg.), Das Recht der Kirche, 3 Bände 1994–1996
- H. de Wall/S. Muckel, Kirchenrecht, 6. Auflage 2022
- Chr. Link, Kirchliche Rechtsgeschichte, 3. Auflage 2017
- Hendrik Munsonius, Evangelisches Kirchenrecht, 2. Auflage 2024
- H. U. Anke/H. de Wall/H.M. Heinig (Hrsg.), Handbuch des evangelischen Kirchenrechts, 2016

- *M. Schmoeckel, Kanonisches Recht, 2020*